

KURZ UND PRÄGNANT

Geheimniskrämerei

Angesichts des immer noch als geheim eingestuften zweiten Gutachtens, dem so genannten Schäfer-Gutachten, zum Thüringer Verfassungsschutz erklärte Bodo Ramelow: „Die blockierte Vorlage des Berichts zeigt, dass das Innenministerium an der unseligen Geheimhaltungsstrategie anknüpft, die früher in Thüringen übliche und unsägliche Praxis war.“ Der Innenminister hat ein Thesenpapier den Fraktionen vorgelegt, das sich maßgeblich auf die Erkenntnisse des Schäfer-Gutachtens bezieht. Die Fraktionen wurden eingeladen, mitzuarbeiten und eine Stellungnahme abzugeben. „Es ist doch mehr als fraglich, wie eine fundierte und qualifizierte Aussage getroffen werden soll, wenn offenbar noch nicht einmal die ganze Landesregierung geschweige denn das Parlament umfassend informiert sind. Es geht doch um eine grundlegende Neustrukturierung der Thüringer Sicherheitsarchitektur, denn die Verantwortung für das Verfassungsschutz-Desaster liegt doch nun wirklich in Thüringen und bei den bisher Regierenden. Wir fragen uns, ob es lediglich Beschäftigungstherapie werden soll oder ist das nur Ablenkung von der Verantwortung der jahrzehntelang Regierungsverantwortung tragenden CDU?“, monierte der Fraktionsvorsitzende. Ein Neustart der Sicherheitsarchitektur gelinge nur mit umfassender Transparenz. ■

Etikettenschwindel

„So löblich das Vorhaben des Innenministers ist, die Fraktionen an der Neugestaltung des Landesamtes für Verfassungsschutz zu beteiligen, so eindeutig ist unsere Antwort. Wir werden uns nicht an der Gestaltung eines nach innen gerichteten Geheimdienstes beteiligen. Es gibt keinerlei Grund, von der Forderung nach Auflösung einer Demokratie gefährdenden Institution abzurücken“, so Martina Renner. Die LINKE hat im vergangenen Jahr einen Gesetzentwurf eingereicht, mit dem der Verfassungsschutz aufgelöst und eine Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie ohne die Befugnis zum Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel geschaffen werden sollte. „Mit dem Thesenpapier des Thüringer Innenministers wird auch Sand in die Augen der Gesellschaft gestreut, wenn einem Geheimdienst das Etikett der Transparenz und Offenheit aufgeklebt werden soll, aber am eigentlichen Charakter des Geheimdienstes festgehalten wird.“ Es sei absurd, wenn ein Geheimdienst, dessen Mitarbeiter sich als unkontrollierbar erwiesen hat, nun in eine Art Öffentlichkeitsoffensive gehen will. ■

Polizei-Aktionen gegen Neonazis sabotiert

LINKE Abgeordnete zogen ein Zwischenfazit zur Arbeit der NSU-Untersuchungsausschüsse

Während einer Pressekonferenz am 8. Januar in Erfurt zogen Landtags- und Bundestagsabgeordnete der Linkspartei ein Zwischenfazit der Arbeit der NSU-Untersuchungsausschüsse.

Zu Beginn betonte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Die gesamte Sicherheitsarchitektur in Deutschland hat versagt.“ Und: „An der Entstehung, Verfestigung und Radikalisierung der Naziszene war der Staat aktiv beteiligt.“

Martina Renner – die LINKE Landtagsabgeordnete ist stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses des Thüringer Landtags – verwies auf seit 1997 vorhandene Indizien, dass die Geheimdienste Polizeiaktionen gegen Neonazis sabotiert haben. Hauptamtliche Neonazis seien durch die Geheimdienste alimentiert und vor polizeilicher und juristischer Verfolgung abgesichert worden. „Wir müssen fragen, wer waren die Verantwortlichen dafür, dass sie so agieren konnten“, so Martina Renner, die mit Blick auf das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz sagte: „Eine Fach- und Rechtsaufsicht hat faktisch nicht existiert. Die Verantwortung dafür liegt bei der damaligen Landesregierung.“

Petra Pau, Obfrau der Bundestagsfraktion DIE LINKE im dortigen Untersuchungsausschuss, bilanzierte: „Der Verfassungsschutz ist ein Fremdkörper

in einer lebendigen Demokratie. Er ist als Geheimdienst aufzulösen!“ Sie unterstrich weiter: „Die NSU-Mordserie war rassistisch motiviert – und auch die Ermittlungen trugen rassistische Züge.“ Daher laute eine Forderung der LINKEN, dass der Rassismus als gesellschaftliches und staatliches Problem endlich konsequent bekämpft werden müsse. „Wir wollen aufklären und kei-

verwies Martina Renner auf den nächsten Komplex, bei dem die Rolle der Justiz im Vordergrund stehe, also die Frage, ob mit Weisungen und Einflussnahmen in Entscheidungen der Justiz eingegriffen worden war.

MdB Jens Petermann, stellvertretendes Mitglied im Bundestags-Untersuchungsausschuss, erinnerte an das Feindbild der Behörden. „In der Ge-



ne parteipolitischen Auseinandersetzungen“, merkte Petra Pau zur Arbeit des Untersuchungsausschusses an, der dem Bundestag im Sommer seinen Abschlussbericht vorlegen wird – wohl mit einem Minderheitenvotum der LINKEN.

Zu den Schwerpunkten der weiteren Untersuchungen zu Neonazi-Terror und Behördenversagen im Landtagsuntersuchungsausschuss, der gegenwärtig an einem Zwischenbericht arbeitet,

schichte der Bundesrepublik hat der Feind immer eher links gestanden“, und es erhebe sich die Frage, welche Geisteshaltung in den Ämtern herrschte, wo offenbar nicht nach rechts gesehen wurde. „Konnten deshalb die schrecklichen Morde geschehen?“, fragte Jens Petermann und fügte hinzu: „Das treibt uns weiter um auch in den nächsten Sitzungstagen.“

Annette Rudolph

Geheimdienst-Fetischismus schadet dem NSU-Ausschuss

Eine faktenreiche Zwischenbilanz zogen Abgeordnete der Linksfaktionen aus dem Thüringer Landtag und dem Bundestag zur Arbeit der NSU-Untersuchungsausschüsse.

Verwiesen wurde u.a. darauf, dass Geheimdienste Polizeiaktionen gegen Neonazis sabotiert haben (Martina Renner), dass ein früherer V-Mann und Ex-NPD-Funktionär behauptet, vom „Verfassungsschutz“ zur Gewalt gegen Linke angeregt worden zu sein (Bodo Ramelow), dass der „Verfassungsschutz“ ein „Fremdkörper einer lebendigen Demokratie“ sei und als Geheimdienst aufgelöst werden müsse (Petra Pau).

Der Gegenschlag kam per Pressemitteilung. Der großspurig als „Obmann der CDU-Fraktion im Untersuchungsausschuss Rechtsextremismus und Behördenhandeln“ bezeichnete Abgeordnete Jörg Kellner (die Funktion eines Obmanns kennt die Geschäftsordnung des Landtags überhaupt nicht) pöbelte gegen die „ungeheuerliche Unterstellung der Linken“ und deren „tief verwurzelte ideologische Reflexe“ gegen den Inlandsgeheimdienst, die nur dazu dienten, „Sicherheitsbehörden des demokratischen Verfas-

sungsstaates nachhaltig zu diskreditieren“. Biedermann Kellner, 1958 geboren, mimt sonst den Kulturpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion und entspricht dem, was man dort unter Kultur versteht: Aufgewachsen auf dem Dorf, Motorenschlosser, Ingenieurschule (ob mit Abschluss, verschweigt die veröffentlichte Biographie), Landwirtschaft, Dorfbürgermeister, Verwaltungschef mehrerer Dörfer und CDU – Bonjour Tristesse. In der intellektuellen Hierarchie der CDU ragt Kellner nirgends heraus.

Es fällt ihm nicht auf, dass er mit seinem Vorwurf ein Selbsttor geschossen hat: Den Thüringer Landesgeheimdienst „Verfassungsschutz“ muss wirklich niemand diskreditieren, das haben (politisch) Verantwortliche und Bedienstete dieses Prototyps einer Skandalbehörde längst erreicht, wie es nachhaltiger nicht geht.

Im Untersuchungsausschuss keilt Kellner gegen die Vorsitzende Dorothea Marx (SPD). Ansonsten wiegelt er ab und bremst. Gibt es Forderungen nach personellen Konsequenzen, kann man darauf warten, dass er sie „haltlos und nicht gerechtfertigt“ nennt. Kellners Fazit: „Auch den Verfassungs-

schutz werden wir weiter brauchen.“ Kaum verwunderlich, hat bestimmten Kreisen der CDU der Spitzelspek des Geheimdienstes doch über Jahrzehnte beim Machterhalt genutzt.

Längst ist die Arbeit des NSU-Ausschusses in die internen Auseinandersetzungen der CDU geraten. Die tobt zwischen der intern als zu liberal geltenden Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht und einem rechtskonservativen „Stahlhelmflügel“, der noch Bernhard Vogel und Dieter Althaus nachtrauert. Lieberknecht hat „scho-nungslose Aufklärung“ des Behördenversagens zugesagt, „ohne Rücksicht auf Personen oder Institutionen“. Der Geheimdienst-Fetischismus eines Kellner schadet deshalb auch ihr. Ob der obskure Obmann mit seinem Agieren quasi als „Überzeugungstäter“ oder bloß „nützlicher Idiot“ interessierter Kreise handelt, ist hierbei unerheblich. Die Mitglieder der Linksfaktion im Untersuchungsausschuss müssen darauf achten, dass er nicht zu viel Schaden anrichtet. Die Frage, wer im Ausschuss Koch und wer Kellner ist, haben sie ohnehin längst beantwortet.

Stefan Wogawa